

**NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds,
St. Pölten**

**Bericht über die Prüfung des Rechnungs-
abschlusses zum 31. Dezember 2007**

Nummer: 21



Prosenz und Partner
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungs GmbH

Firmenbuch:
Handelsgericht Wien
FN 298111z

1190 Wien
Döblinger Hauptstraße 37
(Eingang Reithlegasse 16)
Telefon 01 368 02 48
Fax 01 368 02 48 90
office@prosenz.at
www.prosenz.at

2700 Wr. Neustadt
Neunkirchner Str. 42A

Telefon 02622 22726
Fax 02622 22399
office@prosenz.at
www.prosenz.at

Bank: Erste Bank
BLZ 20111
Kto Nr 28832041800

BIC: GIBAATWW
IBAN: AT722011128832041800
UID-Nummer: ATU63595602

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Auftrag und Auftragsdurchführung	1
B. Rechtliche Verhältnisse	5
C. Wirtschaftliche Verhältnisse	
1. Vermögenslage	8
2. Erfolgslage	9
3. Geldflussrechnung	10
4. Darstellung der frei verfügbaren Mittel	10
D. Erläuterungen zur Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2007	
A k t i v a	
A. Anlagevermögen	11
B. Umlaufvermögen	12
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13
P a s s i v a	
A. Fondsvermögen	14
B. Rückstellungen	14
C. Verbindlichkeiten	15
E. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung 2007	20
F. Bestätigungsvermerk	24

I

Prosenz und Partner
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungs GmbH

Firmenbuch:
Handelsgericht Wien
FN 298111z

1190 Wien
Döblinger Hauptstraße 37
(Eingang Reithlegasse 16)
Telefon 01 368 02 48
Fax 01 368 02 48 90
office@prosenz.at
www.prosenz.at

2700 Wr. Neustadt
Neunkirchner Str. 42A

Telefon 02622 22726
Fax 02622 22399
office@prosenz.at
www.prosenz.at



Bank: Erste Bank
BLZ 20111
Kto Nr 28832041800

BIC: GIBAATWW
IBAN: AT722011128832041800
UID-Nummer: ATU63595602

Verzeichnis der Anlagen

	Anlage
Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2007	1
Erfolgsrechnung 2007	2
Rechnungsquerschnitt gem. Gebarungsstatistik-Verordnung	3
Allgemeine Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen	4

Verzeichnis der Abkürzungen

BGBI	=	Bundesgesetzblatt
Bgm	=	Bürgermeister
BMLFUW	=	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
CHF	=	Schweizer Franken
Dipl Ing	=	Diplomingenieur
Dr	=	Doktor
EU	=	Europäische Union
Ing	=	Ingenieur
Klubobm	=	Klubobmann
KOSTv	=	Klubobmann Stellvertreter
LAbg	=	Landtagsabgeordneter
Ltg. Präs	=	Landtagspräsident
LGBI	=	Landesgesetzblatt
LKR	=	Landeskammerrat
Mag	=	Magister
Mio €	=	Million Euro
Mio S	=	Million Schilling
NÖ	=	Niederösterreich
ÖKR	=	Ökonomierat
ÖPUL	=	Österreichisches Programm zur Förderung einer umwelt- gerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft

VO = Verordnung
W. Hofrat = wirklicher Hofrat

IV



Prosenz und Partner
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungs GmbH

Firmenbuch:
Handelsgericht Wien
FN 298111z

1190 Wien
Döblinger Hauptstraße 37
(Eingang Reithlegasse 16)
Telefon 01 368 02 48
Fax 01 368 02 48 90
office@prosenz.at
www.prosenz.at

2700 Wr. Neustadt
Neunkirchner Str. 42A
Telefon 02622 22726
Fax 02622 22399
office@prosenz.at
www.prosenz.at

Bank: Erste Bank
BLZ 20111
Kto Nr 28832041800

BIC: GIBAATWW
IBAN: AT722011128832041800
UID-Nummer: ATU63595602

A. Auftrag und Auftragsdurchführung

Mit Schreiben vom 20. Dezember 2007 beauftragte uns das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung mit der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungsabschlusses zum 31. Dezember 2007 des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds im Sinne der Zielsetzung dieses Fonds.

Wir haben den Auftrag in den Monaten Februar bis April 2008 (mit Unterbrechungen) durchgeführt. Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit (auch gegenüber Dritten) gelten die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen (Anlage 4).

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchführung samt Belegen, der Rechnungsabschluss 2007 sowie vorgelegte Nachweise. Auskünfte erteilten uns die Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaftsförderung (LF3) sowie die zuständigen Sachbearbeiter der Buchhaltungsabteilung F1-BU-AH-Fonds des Amtes der NÖ Landesregierung.

Die von den Bevollmächtigten unterzeichnete Vollständigkeitserklärung vom 18. April 2008 haben wir zu unseren Akten genommen.

Der im vorliegenden Bericht unter Abschnitt D und E erläuterte Rechnungsabschluss besteht aus der Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2007 (Anlage 1) und der Erfolgsrechnung für das Jahr 2007 (Anlage 2). Um den Berichtsadressaten auch über die wirtschaftliche Entwicklung des Fonds zusammengefasst zu informieren, haben wir im **Abschnitt C „Wirtschaftliche Verhältnisse“** die Vermögens- und Erfolgslage und daraus abgeleitet die Geldflussrechnung in einem Mehrjahresvergleich (2003 bis 2007) und die zum 31.12.2007 frei verfügbaren Mittel dargestellt.

Dem Statistischen Zentralamt sind gemäß § 3 Abs 1 Z 1 Gebarungstatistik-Verordnung (BGBl. II Nr. 361/2002) jährlich die Daten des Rechnungsabschlusses, die Bilanzdaten, die Daten der Gewinn- und Verlustrechnung und

Daten über die Erwerbstätigkeit mittels Formblättern zu übermitteln. Diese **Formblätter** sind dem Bericht in **Anlage 3** beigelegt.

Zum Ausweis der fremdfinanzierten Subventionen zuzüglich kapitalisierter Zinsen ist folgendes anzumerken:

Die gegebenen Subventionen für Güterwegebau, Telefonbau, Ausbau der Vollerlektrifizierung, Maßnahmen des ÖPUL sowie „einzelbetriebliche Investitionen und Beihilfe für die 1. Niederlassung“ (Erweiterung durch Landtagsbeschluss vom 29. Juni 2000) wurden durch die Aufnahme von Darlehen finanziert. Das Land NÖ übernahm für Darlehen in Höhe von insgesamt € 108.355.195,74 (1.491 Mio S) die Haftung als Bürge und Zahler, und zwar aufgrund der Landtagsbeschlüsse vom

16. Dezember 1976	13. Dezember 1984
13. Dezember 1979	29. Jänner 1986
11. Dezember 1980	18. Dezember 1986
03. Dezember 1981	09. April 1987
28. Jänner 1982	17. Dezember 1987
16. Dezember 1982	15. Dezember 1988
20. Dezember 1983	12. Dezember 1996

Der Landtagsbeschluss vom 16.12.1976 stellt den Grundsatzbeschluss zur Finanzierung des Güterwegebau im Wege von Darlehen dar. Es handelt sich dabei um die Formulierung eines konkreten politischen Programmes; zu dessen Verwirklichung "werden voraussichtlich 108 Mio € (1,4 Mrd S) Beihilfen benötigt, ...". "... zu dieser Darlehensaufnahme ist eine Landeshaftung notwendig."

Aufgrund des Landtagsbeschlusses vom 13.12.1979 wurde eine weitere Darlehensaufnahme beschlossen, wobei im Motivenbericht ausdrücklich festgestellt wird, "... dieses Darlehen soll ... durch Landesmittel zurückgezahlt werden."

Im Motivenbericht zum Landtagsbeschluss vom 11.12.1980 ist ebenfalls ausgeführt: "... auch dieses Darlehen soll einschließlich der Zinsen vom Land zurückgezahlt werden, sofern der Fonds nicht über eigene Mittel verfügt."

Schließlich ist im Motivenbericht zum Landtagsbeschluss vom 28.1.1982 ausgeführt: "... die Mittel im ordentlichen Haushalt des Landes werden nur mehr in der Höhe veranschlagt, die zur Rückzahlung aufgenommener Darlehen notwendig ist."

Gleichlautende bzw. ähnliche Formulierungen sind auch in den übrigen Landtagsvorlagen zu finden.

Mit Landtagsbeschluss vom 11. Juli 1991 wurde die NÖ Landesregierung ermächtigt, in Abänderung bereits bestehender Haftungen gemäß § 1357 ABGB als Bürge und Zahler der Zusammenfassung aller 18 Darlehen, die dem NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds gewährt wurden, auf ein Einzeldarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren zuzustimmen.

Am 12. Dezember 1996 wurde vom Landtag beschlossen, die Zweckwidmung der Landeshaftung für Darlehensaufnahmen des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds auf Maßnahmen des ÖPUL (Umweltprogramm) zu erweitern. Durch diese Erweiterung der Zweckwidmung soll der seinerzeit festgelegte Höchstbetrag der Haftung nicht berührt werden. Die Finanzierung der Maßnahmen soll durch derzeit nicht ausgenützte Mittel im Haftungsrahmen erfolgen, wobei die Maßnahmen des ÖPUL einen Betrag von maximal rd. 20 Mio € (280 Mio S) ausmachen sollen.

Der Landtag hat am 29. Juni 2000 beschlossen, die Zweckwidmung für die übernommene Landeshaftung für eine Darlehensaufnahme des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds für landwirtschaftliche Siedlungsverfahren (1. Tranche) auf die Maßnahmen „einzelbetriebliche Investitionen und Beihilfe für die 1. Niederlassung“ zu erweitern (2. Tranche). Für den Zweck der landwirtschaftlichen Investitionsförderung ist nur eine einmalige Ausnützung des Haftungsrahmens vorgesehen. Die Finanzierung der Maßnahmen soll durch derzeit nicht ausgenützte Mittel im Haftungsrahmen für das vom NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds aufgenommene Darlehen für Siedlungsverfahren erfol-

gen. Durch diese Erweiterung der Zweckwidmung wird der seinerzeit festgelegte Höchstbetrag der Haftung (2. Tranche) von € 18.168.208,54 (250 Mio S) nicht berührt. Im Jahr 2001 wurden zu diesem Zweck € 14.825.258,17 (204 Mio S) aufgenommen.

Mit Landtagsbeschluss vom 16. November 2006 wurden die bestehenden Haftungen gemäß § 1357 ABGB (rd. 108 Mio €) für die Darlehen folgendermaßen geändert:

- Reduzierung des Haftungsbetrages betreffend die „1. Tranche“ (von € 90.186.987,20 auf € 34.032.000,00);
- Erhöhung des Haftungsbetrages betreffend die „2. Tranche“ (von € 18.168.208,54 auf € 26.252.000,00);
- Erstreckung der Haftung für 1. und 2. Tranche bis zur vollständigen Tilgung.

Die bestehenden Gesamtverbindlichkeiten des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds änderten sich dadurch nicht. Eine Ausweitung der bereits bestehenden Haftungsbeträge erfolgte ebenfalls nicht, es wurde lediglich die Laufzeit der Finanzierungen und damit der Landeshaftung verlängert.

Aus den angeführten Formulierungen geht die Absicht hervor, künftig für Zinsen und Tilgung der aufgenommenen Darlehen in Form von Landesbeiträgen an den NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds zu sorgen, d.h. die Ausgaben des Fonds für die laufenden Annuitäten aus dem Landesbudget zu finanzieren.

Im Hinblick auf diese Refinanzierungsabsicht werden die in den einzelnen Jahren gegebenen Subventionen einschließlich kapitalisierter Zinsen, soweit sie durch Darlehen finanziert werden, wie in den Vorjahren nicht als Aufwand behandelt, sondern als Rechnungsabgrenzungsposten eigener Art erfolgsneutral ausgewiesen.

Von den Erträgen aus jährlich gewährten Landesbeiträgen werden die Aufwendungen für Kapitaltilgungs- und Zinsenzahlungen (Annuitäten) betreffend die oben genannten Darlehen mit Landeshaftung offen abgesetzt.

B. Rechtliche Verhältnisse

Der "NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds" gründet seine Rechtspersönlichkeit auf die Bestimmungen des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds- und Siedlungsgesetzes 1972, LGBl 6645-3.

Der Fonds hat seinen Sitz in St. Pölten.

Organe des Fonds sind das Kuratorium und der Geschäftsführer.

Dem **Kuratorium** obliegt die Vertretung des Fonds. Es besteht aus so vielen Mitgliedern, wie jeweils Mitglieder für die Landesregierung vorgesehen sind. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu bestellen.

Durch Beschlüsse der NÖ Landesregierung sind folgende Mitglieder bestellt:

Mitglieder:

LAbg. Ignaz Hofmacher (bis 25.6.2007)
Ltg. Präs. Ing. Johann Penz
LAbg. Michaela Hinterholzer
LAbg. Ing. Johann Hofbauer
LAbg. Friedrich Hensler
LAbg. Dr. Josef Prober

LAbg. Bgm. Mag. Günther Leichtfried
LAbg. Franz Gartner
LKR Josef Etzenberger
LAbg. ÖKR Marianne Lembacher (ab 26.6.2007)

Ersatzmitglieder:

KOSTv. LAbg. Franz Hiller
LAbg. Rudolf Friewald
Präs.KOSTv.LAbg.Bgm.Mag. Alfred Riedl
LAbg. Bgm. Ing. Franz Rennhofer
LAbg. Bgm. Franz Grandl
LAbg. ÖKR Marianne Lembacher (bis 25.6.2007)

Ltg. Präs. Ewald Sacher
LAbg. Hermann Findeis
LKR Johann Nachförg
LAbg. Ing. Andreas Pum (ab 26.6.2007)

Der **Geschäftsführer** hat die laufenden Geschäfte zu führen. Ihm obliegt die rechtsverbindliche Zeichnung unter Voransetzung der vollen Bezeichnung des Fonds.

Landesrat Dipl. Ing. Josef Plank ist als für die Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft zuständiges Mitglied der Landesregierung Geschäftsführer des Fonds. Sein Ersatzmitglied ist LAbg. Bgm. ÖKR Karl Honeder. Die Stellvertreter des Geschäftsführers in der Vorsitzführung des Kuratoriums sind LAbg. Ignaz Hofmayer (bis 25.6.2007) bzw LAbg. ÖKR Marianne Lembacher (ab 26.6.2007) und LAbg. Bgm. Mag. Günther Leichtfried. Landesrat Dipl. Ing. Josef Plank hat folgende Bedienstete des Amtes der NÖ Landesregierung zu rechtsverbindlicher Zeichnung bevollmächtigt:

Dipl. Ing. Ernest Reisinger
W.Hofrat Dr. Andreas Gellner
Dipl. Ing. Gottfried Angerler

Der Fonds wurde für folgende **Aufgaben** errichtet:

1. Besorgung der Aufgaben als Siedlungsträger;
2. Förderung von Maßnahmen gemäß § 2 NÖ landwirtschaftliches Förderungsfonds-Siedlungsgesetz, LGBl 6645, (Siedlungsverfahren);
3. Förderung von Maßnahmen nach dem NÖ Landwirtschaftsgesetz (LGBl 6100);
4. Ausbau und Erhaltung von Straßen, die vorwiegend zur ordnungsgemäßen Führung eines oder mehrerer land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe notwendig sind oder überwiegend dem Transport land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse oder Betriebsmittel dienen (land- und forstwirtschaftliche Wege);
5. Förderung von Wohnbauförderungsmaßnahmen wie etwa Baugestaltungsmaßnahmen und zur Förderung von Alternativheizungen.

Der Fonds erhält seine **Mittel** aus

1. Beiträgen des Bundes oder eines Fonds des Bundes;
2. Beiträgen des Landes nach Maßgabe des jeweiligen Landesvoranschlags;
3. Beiträgen anderer öffentlich rechtlicher Körperschaften;
4. aufgenommenen Darlehen;

5. den Eingängen von Tilgungsraten und Zinsen (Verzugszinsen) der aus Fondsmitteln gewährten Darlehen;
6. den Eingängen von Zinsen angelegter Fondsmittel und
7. aus Spenden, Stiftungen, privaten Zuwendungen und allfälligen sonstigen Einnahmen.

Die Kosten der Verwaltung des Fonds trägt das Land Niederösterreich.

Der Fonds "NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds" ist kein Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft öffentlichen Rechts im Sinne des § 2 Körperschaftsteuergesetz 1988 und des § 2 Abs 3 Umsatzsteuergesetz 1972 in der Geltung des Umsatzsteuergesetzes 1994. Dies wurde vom Finanzamt für Körperschaften mit Schreiben vom 23. Juni 1989 bestätigt.

C. Wirtschaftliche Verhältnisse

1. Vermögenslage

	31. Dezember					Differenz
	2007	2006	2005	2004	2003	2006/2007
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Grundstücke	30	30	30	54	56	0
Förderungsdarlehen	0	0	4	178	540	0
Darlehen Obstgenossenschaft	0	0	0	0	129	0
Anlagevermögen	30	30	34	232	725	0
Beitragsforderungen	901	350	180	72	0	551
Bankguthaben	8.679	9.633	8.147	13.197	13.061	-954
Umlaufvermögen	9.580	9.983	8.327	13.269	13.061	-403
fremdfinanzierte Förderungen	52.788	56.810	60.283	66.704	69.987	-4.022
Rechnungsabgrenzungsposten	52.788	56.810	60.283	66.704	69.987	-4.022
Summe Aktiva	62.398	66.823	68.644	80.205	83.773	-4.425
Fondsvermögen	4.663	3.743	547	2.860	2.238	920
sonstige Rückstellungen	10	12	12	12	12	-2
Darlehen mit Landeshaftung	52.788	56.810	60.283	66.704	69.987	-4.022
Verbindlichkeiten LuL	0	0	0	1	1	0
zweckgebundene Mittel	4.937	5.812	7.801	10.628	11.535	-875
sonstige Verbindlichkeiten	0	446	1	0	0	-446
Verbindlichkeiten	57.725	63.068	68.085	77.333	81.523	-5.343
Summe Passiva	62.398	66.823	68.644	80.205	83.773	-4.425

2. Erfolgslage

	2007	2006	2005	2004	2003
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
erhaltene Beiträge	11.375	13.318	12.709	12.209	12.426
abzgl. Annuität Güterwegdarlehen	-6.299	-5.967	-8.473	-5.159	-8.396
Erträge aus Beiträgen	5.076	7.351	4.236	7.050	4.030
sonstige Erträge	29	1	21	7	1
Finanzertrag aus angelegten Fondsmitteln	165	101	98	86	112
Summe Erträge	5.270	7.453	4.355	7.143	4.143
geleistete Förderungen	4.298	4.218	6.562	6.322	5.531
Abschreibungen Anlagevermögen	0	0	24	0	5
Abschreibung Förderdarlehen	0	0	44	166	0
Verwaltungsaufwand (inkl. Steuern)	52	38	38	34	46
Summe Aufwendungen	4.350	4.256	6.668	6.522	5.582
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	920	3.197	-2.313	621	-1.439

3. Geldflussrechnung

	2007	2006	2005	2004	2003
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
1 Einzahlungen Landesbeiträge	11.174	13.318	12.709	12.209	12.427
2 + Einzahlungen sonstige Beiträge	0	0	20	0	0
3 + Tilgungsraten und Zinsen für Förderungsdarlehen	27	4	131	329	506
4 + Einzahlungen für angelegte Fondsmittel	166	102	99	92	146
5 Summe Mittelaufbringung	11.367	13.424	12.959	12.630	13.079
6 - Auszahlung von Förderungszuschüssen	-4.298	-4.218	-6.562	-6.322	-5.531
7 - Auszahlung von sonstigen Förderungen	-350	-170	-108	-72	0
8 + Rückzahlung von Förderungen	-445	445	0	0	0
9 - Annuität für Darlehen mit Landeshaftung	-6.299	-5.967	-8.473	-5.159	-8.397
10 Summe Förderungen und Darlehenstilgung	-11.392	-9.910	-15.143	-11.553	-13.928
11 Netto-Geldfluss aus der Förderungstätigkeit (Z 5 + 10)	-25	3.514	-2.184	1.077	-849
12 + Einzahlung zweckgebundener Mittel	4.442	3.684	4.591	10.336	12.927
13 - Auszahlung zweckgebundener Mittel	-5.317	-5.674	-7.418	-11.243	-6.367
14 Netto-Geldfluss aus sonstiger Finanzierung (Z 12 bis 13)	-875	-1.990	-2.827	-907	6.560
15 - Auszahlungen für Verwaltung	-13	-13	-14	-14	-18
16 - Zahlungen für Steuern	-41	-25	-25	-20	-27
17 Veränderung des Finanzmittelbestandes (Z 11+14 bis 16)	-954	1.486	-5.050	136	5.666
18 + Finanzmittelanfangsbestand	9.633	8.147	13.197	13.061	7.395
19 = Finanzmittelendbestand	8.679	9.633	8.147	13.197	13.061

4. Darstellung der frei verfügbaren Mittel zum 31.12.2007

Beitragsforderungen an Gebietskörperschaften	900.735,28
Guthaben bei Kreditinstituten	8.679.139,55
 abzüglich	
Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Mittel	-4.937.075,77
Rückstellungen für Beratungskosten	-9.600,00
frei verfügbare Mittel	<u>4.633.199,06</u>

**D. Erläuterungen zur Vermögensrechnung
zum 31. Dezember 2007**

A K T I V A

A. Anlagevermögen

I. Grundstücke

31.12.2006: € 30.000,00
€ 30.000,00

Entwicklung:

	1.1.		Veränderung		31.12.	
	ha	€	ha	€	ha	€
Primmersdorf	6,2773	30.000,00	0,00	0,00	6,2773	30.000,00

Der An- und Verkauf der Grundstücke dient der Förderung von Maßnahmen gemäß § 2 NÖ landwirtschaftliches Förderungsfonds- und Siedlungsgesetz (Siedlungsverfahren).

Im Berichtsjahr haben keine Grundstückstransaktionen stattgefunden.

II. Wertrechte des Anlagevermögens

31.12.2006: € 72,67
€ 72,67

Ausgewiesen wird der Geschäftsanteil an der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien reg. Gen.m.b.H.

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen

1. Beitragsforderungen an Gebietskörperschaften	€ 900.735,28
31.12.2006:	€ 350.000,00

Bis Ende des Jahres musste der EU-Kommission der Nachweis erbracht werden, dass die EU-Mittel („Leader+“) in der entsprechenden Höhe verausgabt waren, andernfalls der Differenzbetrag verfällt.

Zur Erreichung des Ausgabenvolumens blieben noch € 700.000,00 (2006: € 350.000) offen, die vom NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds vorfinanziert wurden. Vier Mal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) können beim BMLFUW Anträge auf Erstattung bereits verausgabter EU-Mittel eingebracht werden. Etwa drei Monate später ist dann mit der Überweisung der Mittel zu rechnen. Das Geld wird Mitte April an den NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds rückerstattet werden.

Ein Teil der Landesrate 2007 (€ 200.735,28) ist am 28. Jänner 2008 eingegangen.

II. Guthaben bei Kreditinstituten	€ 8.679.139,55
31.12.2006:	€ 9.632.983,20

Zusammensetzung:	€	€
Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien		
Kontonummer 000-00.082.818 (ordinario)		4.871.140,96
Landes-Hypothekenbank Niederösterreich		
Festgeld Kontonummer 1152-700292	3.000.000,00	
Kontonummer 1152-989314	180.656,13	
Kontonummer 8152-000341	627.342,46	
	<u>3.807.998,59</u>	
		<u>8.679.139,55</u>

Die Bankguthaben wurden uns anhand von Kontoauszügen sowie Bankbestätigungen nachgewiesen. Die Verzinsung der Girokonten lag Ende 2007 bei 0,5 bis 1,5 %, des Festgeldkontos Ende 2007 bei 4,42 %.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

1. fremdfinanzierte Subventionen zuzüglich kapitalisierter Zinsen *) € 52.788.393,67
31.12.2006: € 56.809.870,69

Entwicklung:	€	€
€-Kredit		
Stand am 1. Jänner	49.029.644,86	
kapitalisierte Zinsen CHF-Kredit	188.405,12	
Tilgung	<u>-4.209.882,14</u>	45.008.167,84
CHF-Kredit		<u>7.780.225,83</u>
Stand am 31. Dezember		<u>52.788.393,67</u>

*) Aufgrund von Landtagsbeschlüssen hat das Land NÖ für diese Beträge die Bürge- und Zahlerhaftung übernommen und in den Motivenberichten ausgedrückt, künftig für Tilgung und Zinsen in Form von Landesbeiträgen zu sorgen.

P A S S I V A

A. Fondsvermögen € 4.663.271,73
 31.12.2006: € 3.743.058,34

Entwicklung:	2007	2006
	€	€
Stand am 1. Jänner	3.743.058,34	546.039,55
Jahresüberschuss	<u>920.213,39</u>	<u>3.197.018,79</u>
Stand am 31. Dezember	<u>4.663.271,73</u>	<u>3.743.058,34</u>

B. Rückstellungen € 9.600,00
 31.12.2006: € 11.800,00

Entwicklung:

	Stand am	Verbrauch	Zuführung	Stand am
	1.1.	Auflösung		31.12.
	€	€	€	€
Prüfungskosten	11.800,00	11.800,00	9.600,00	9.600,00
	11.800,00	11.800,00	9.600,00	9.600,00

C. Verbindlichkeiten

1. Darlehen mit Haftung des Landes NÖ € 52.788.393,67
 31.12.2006: € 56.809.870,69

Das von der Landes-Hypothekenbank Niederösterreich gewährte Darlehen betrifft die Refinanzierung der geleisteten Förderungen für den Güterwegebau, den Ausbau der Elektrifizierung, den Telefonausbau, Maßnahmen des ÖPUL (Umweltprogramm) (1. Tranche) sowie „einzelbetriebliche Investitionen und Beihilfen für die 1. Niederlassung“ (2. Tranche).

Die in Euro ausgenutzten Darlehen bzw. Darlehensteile der 1. Tranche wurden per 2006 neu strukturiert und ein Teil der 2. Tranche zugeschlagen. Hinsichtlich des seinerzeit in Fremdwährung ausgenutzten Betrages ist keinerlei Änderung eingetreten.

Die NÖ Landesregierung hat für diese Darlehen die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB übernommen.

Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
1. Güterwegedarlehen (1. Tranche) Kto.Nr. 0452-094509	26.537.014,96	30.558.491,98
2. Investitionsförderungsdarlehen (2. Tranche) Kto.Nr. 0466-095702	12.365.135,80	12.365.135,80
Kto.Nr. 0466-133302	13.886.242,91	13.886.242,91
	<u>52.788.393,67</u>	<u>56.809.870,69</u>

ad 1.

Entwicklung:

	2007 €	€
Stand 1. Jänner		30.558.491,98
davon: €-Kredit	22.778.266,15	
kapitalisierte Zinsen CHF-Kredit	188.405,12	
Tilgung	-4.209.882,14	18.756.789,13
davon: CHF-Kredit (unverändert)		<u>7.780.225,83</u>
Stand 31. Dezember		<u>26.537.014,96</u>

Das Darlehen stimmt mit der Kontoabschlussrechnung der Bank überein.

Die Darlehensverbindlichkeit zum 31. Dezember 2007 enthält nicht die entstandenen Zinsen für den Zeitraum zwischen letztem Tilgungszeitpunkt und Bilanzstichtag (1.7. - 31.12.2007) in Höhe von rund 0,5 Mio €. Diese werden seitens der Bank erst bei Fälligkeit mit der Annuitätenvorschreibung belastet. Der Fonds erfasst die Zinsen konform mit der Vorschreibung. Eine Abgrenzung dieser Zinsen wurde mangels Vorliegens einer Ausgabe und im Hinblick auf deren Erfolgswirksamkeit nicht vorgenommen.

Der Zinssatz für die jeweilige Zinsperiode ergibt sich durch den jeweils zwei Bankarbeitstage vor dem Zinsanpassungstermin auf der Reuter-Seite „Euribor“ veröffentlichten 6-Monats-Euribor plus 10 Basispunkte (Zinssatz zum 31.12.2007: 4,413 %). Das Darlehen ist mit halbjährlicher Zinsanpassung jeweils im Halbjahr und zum Jahreswechsel verzinst. Weiters ist die Landes-Hypothekbank Niederösterreich ermächtigt, bis zu 10 % des aushaftenden Darlehens in zinsengünstigerer Fremdwährung zu finanzieren. Derzeit wird ein Teilbetrag mit einem Buchwert von rund 7,8 Mio € (Wert mit Wechselkurs zum 31.12.2007 € 6.829.032,45) in Schweizer Franken (11,3 Mio CHF) mit einem Zinssatz von 3,3891 % p.a. finanziert. Die Kursentwicklung des Schweizer Franken ergibt zum 31.12.2007 einen rechnerischen Kursgewinn von rd. € 950.000. Die Gesamtlaufzeit des Darlehens beträgt 20 Jahre, die Restlaufzeit 4 Jahre und endet am 31.12.2011.

ad 2.

Kto.Nr. 0466-095702	2007	2006
Entwicklung:	€	€
Stand 1. Jänner	12.365.135,80	12.365.135,80
Stand 31. Dezember	<u>12.365.135,80</u>	<u>12.365.135,80</u>

Das Darlehen stimmt mit der Kontoabschlussrechnung der Bank überein.

Die Darlehensverbindlichkeit zum 31. Dezember 2007 enthält nicht die entstandenen Zinsen für den Zeitraum zwischen letztem Tilgungszeitpunkt und Bilanzstichtag (1.7. - 31.12.2007) in Höhe von rund € 292.000. Diese werden seitens der Bank erst bei Fälligkeit mit der Annuitätenvorschreibung belastet. Der Fonds erfasst die Zinsen konform mit der Vorschreibung. Eine Abgrenzung dieser Zinsen wurde mangels Vorliegens einer Ausgabe und im Hinblick auf deren Erfolgswirksamkeit nicht vorgenommen.

Der Zinssatz für die jeweilige Zinsperiode ergibt sich durch den jeweils zwei Bankarbeitstage vor dem Zinsanpassungstermin auf der Reuter-Seite „Euribor“ veröffentlichten 6-Monats-Euribor plus 30 Basispunkte (Zinssatz zum 31.12.2007: 4,613 %). Das Darlehen ist mit halbjährlicher Zinsanpassung jeweils im Halbjahr und zum Jahreswechsel verzinst. Die Restlaufzeit des Darlehens beträgt 8 Jahre und endet am 31.12.2015.

Kto.Nr. 0466-133302	2007	2006
Entwicklung:	€	€
Stand 1. Jänner	13.886.242,91	0,00
Stand 31.Dezember	<u>13.886.242,91</u>	<u>13.886.242,91</u>

Das Darlehen stimmt mit der Kontoabschlussrechnung der Bank überein.

Die Darlehensverbindlichkeit zum 31. Dezember 2007 enthält nicht die entstandenen Zinsen für den Zeitraum zwischen letztem Tilgungszeitpunkt und Bilanzstichtag (1.7. - 31.12.2007) in Höhe von rund € 327.000. Diese werden seitens der Bank erst bei Fälligkeit mit der Annuitätenvorschreibung belastet. Der Fonds erfasst die Zinsen konform mit der Vorschreibung. Eine Abgrenzung dieser Zinsen wurde mangels Vorliegens einer Ausgabe und im Hinblick auf deren Erfolgswirksamkeit nicht vorgenommen.

Der Zinssatz für die jeweilige Zinsperiode ergibt sich durch den jeweils zwei Bankarbeitstage vor den Zinsanpassungstermin auf der Reuter-Seite „Euribor“ veröffentlichten 6-Monats-Euribor plus 30 Basispunkte (Zinssatz zum

31.12.2007: 4,613 %). Das Darlehen ist mit halbjährlicher Zinsanpassung jeweils im Halbjahr und zum Jahreswechsel verzinst. Die Restlaufzeit des Darlehens beträgt 8 Jahre und endet am 31.12.2015.

2. Verbindlichkeiten auf Grund von Leistungen	€	0,00
31.12.2006:	€	193,35

3. sonstige Verbindlichkeiten	€	0,00
31.12.2006:	€	445.911,85

4. zweckgebundene Mittel (Treuhandkonten)	€	4.937.075,77
31.12.2006:	€	5.812.092,33

Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
Aussiedler	4.753.155,51	5.361.120,13
Leader Plus	173.854,73	221.943,46
Energie aus Biomasse	10.065,53	137.524,71
Technische Hilfe	0,00	66.222,94
Maßnahmen im Zusammenhang mit der BSE-Krise	0,00	25.281,09
	<u>4.937.075,77</u>	<u>5.812.092,33</u>

zu Aussiedler (Bundesmittel):	€	€
Stand am 1. Jänner	5.361.120,13	7.141.304,04
Einzahlungen	1.000.000,00	0,00
Zinserträge	22.330,77	0,00
Spesen und Kapitalertragsteuer	-5.631,38	0,00
ausbezahlte Förderungen	-1.624.664,01	-1.780.183,91
Stand am 31. Dezember	<u>4.753.155,51</u>	<u>5.361.120,13</u>

	2007	2006
	€	€
zu Leader Plus (Bundesmittel)		
Stand am 1. Jänner	221.574,58	260.574,58
Einzahlungen	3.425.522,26	2.881.022,85
ausbezahlte Förderungen	-3.473.242,11	-2.919.653,97
Stand am 31. Dezember	<u>173.854,73</u>	<u>221.943,46</u>

	€	€
zu Energie aus Biomasse (Bundesmittel)		
Stand am 1. Jänner	137.524,71	273.193,28
Einzahlungen	0,00	680.000,00
ausbezahlte Förderungen	-127.459,18	-815.668,57
Stand am 31. Dezember	<u>10.065,53</u>	<u>137.524,71</u>

	€	€
zu Technische Hilfe (Bundesmittel)		
Stand am 1. Jänner	66.222,94	101.122,40
Einzahlungen	0,00	123.027,59
ausbezahlte Förderungen	-66.222,94	-157.927,05
Stand am 31. Dezember	<u>0,00</u>	<u>66.222,94</u>

	€	€
zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der BSE-Krise (Bundesmittel):		
Stand am 1. Jänner	25.281,09	25.281,09
ertragswirksam vereinnahmt	-25.281,09	0,00
Stand am 31. Dezember	<u>0,00</u>	<u>25.281,09</u>

E. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung 2007

1. erhaltene Beiträge € 5.075.735,28
 2006: € 7.351.097,42

Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
erhaltene Landesbeiträge	11.375.000,00	13.318.377,28
davon verwendet für Darlehen mit Landeshaftung		
Kapitaltilgungen	-4.209.882,14	-3.594.380,77
Zinsenzahlungen	<u>-2.089.382,58</u>	<u>-2.372.899,09</u>
verfügbare Landesbeiträge	<u>5.075.735,28</u>	<u>7.351.097,42</u>

2. sonstige Erträge € 29.533,56
 2006: € 1.465,04

a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen € 340,00
 2006: € 340,00

Dabei handelt es sich um die Teilauflösung von Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten.

b) übrige € 29.193,56
 2006: € 1.125,04

Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
Vereinnahmung von Bundesmitteln aus Vor- jahren (BSE-Krise)	25.281,09	0,00
Erträge aus Vorjahren	3.000,00	300,14
Pachterträge	912,47	824,90
	<u>29.193,56</u>	<u>1.125,04</u>

3. Aufwand für geleistete Förderungen

	€	4.297.848,14
	2006: €	4.218.180,28
	2007	2006
	€	€
Zusammensetzung:		
gemäß Budget		
Güterwegebau	2.500.000,00	2.500.000,00
NÖ Genetikprogramm	584.159,11	589.882,40
Agrar-Plus	480.000,00	480.000,00
Kalbinnenaktion	272.800,00	303.080,00
Zinszuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten	91.541,04	101.091,28
Sturmschadenversicherung	67.113,62	55.273,20
soziale Betriebshilfe	33.554,50	26.008,00
Zuschuss für Zivildienereinsatz	13.649,42	31.012,96
Mutterziegen- und Widderankauf	12.048,92	10.414,64
	4.054.866,61	4.096.762,48
gemäß Einzelbeschlüssen		
Sondermaßnahme Investitionsförderung für tiergerechte Stallbauten	160.000,00	50.000,00
Öffentlichkeitsarbeit	26.208,01	26.477,35
	186.208,01	76.477,35
diverse Einzelprojekte		
Versuchsprojekt Motorumrüstung auf Pflanzenölbetrieb	38.535,19	2.681,45
Heurigenumbau „Mostbaron an der Moststraße“	5.000,00	0,00
Teichwirteberatung (Ök. Verein Waldviertel)	3.180,00	3.660,00
Verein Tiefkühlgemüse Marchfeld	3.000,00	7.000,00
Weinbauverein Tattendorf	2.850,00	4.500,00
Pflanzenölbroschüre	2.208,33	0,00
Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen	2.000,00	0,00
Aktivitäten zur Profilierung der Pferdewirtschaft in NÖ	0,00	20.000,00
Projekt Biomulchfolie (NÖ Gemüsebauverband)	0,00	7.099,00
	56.773,52	44.940,45
ausbezahlte Förderungen	4.297.848,14	4.218.180,28

4. sonstige Aufwendungen

	<u>€</u>	52.325,62
2006:	€	38.512,16

a) Steuern

	<u>€</u>	41.532,00
2006:	€	25.605,19

Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
Kapitalertragsteuer	41.278,87	25.269,14
Grundsteuer	253,13	336,05
	<u>41.532,00</u>	<u>25.605,19</u>

b) übrige

	<u>€</u>	10.793,62
2006:	€	12.906,97

Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	9.600,00	11.800,00
Geldverkehrsspesen	893,48	913,62
Aufwand Vorjahre	300,14	0,00
Aufwand für Darlehensverwaltung durch Landes-Hypothekenbank NÖ	0,00	193,35
	<u>10.793,62</u>	<u>12.906,97</u>

6. Zinsen- und Wertpapiererträge

	€	<u>165.118,31</u>
	2006: €	101.148,77
Zusammensetzung:	2007 €	2006 €
Bankzinsen	165.115,02	101.076,53
Darlehen		
Verzugszinsen	0,00	39,74
für Besitzfestigung	0,00	29,21
Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	<u>3,29</u>	<u>3,29</u>
	<u>165.118,31</u>	<u>101.148,77</u>

F. Bestätigungsvermerk

Auf Grund unserer Prüfung erteilen wir dem Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2007 des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, St. Pölten, in der aus den Anlagen 1 (Bilanz) und 2 (Gewinn- und Verlustrechnung) ersichtlichen Fassung einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Wir haben den nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2007 des

NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, St. Pölten

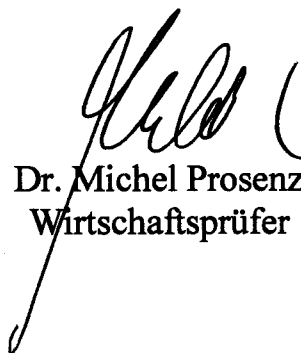
geprüft. Aufstellung und Inhalt dieses Rechnungsabschlusses liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, St. Pölten. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Rechnungsabschluss auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsethischen Grundsätze durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Rechnungsabschluss frei von wesentlichen falschen Aussagen ist. Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für Beträge und sonstige Angaben im Rechnungsabschluss ein. Sie enthält auch die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen durch die Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Rechnungsabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt. Aufgrund der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Rechnungsabschluss des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds, St. Pölten, zum 31. Dezember 2007 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Rechnungsabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Fonds.“

Wr. Neustadt, am 18.4.2008

PROSENZ & PARTNER
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.



Dr. Michel Prosenz
Wirtschaftsprüfer

Erfolgsrechnung 2007

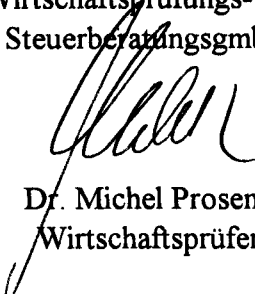
	2007		2006
	Euro	Euro	1000 Euro
1. erhaltene Beiträge			
erhaltene Landesbeiträge	11.375.000,00		13.318
davon verwendet für Darlehen mit Landeshaftung			
Kapitaltilgungen	-4.209.882,14		-3.594
Zinsenzahlungen	-2.089.382,58	5.075.735,28	-2.373
2. sonstige Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	340,00		0
b) übrige	29.193,56	29.533,56	1
3. Aufwand für geleistete Förderungen		4.297.848,14	4.218
4. sonstige Aufwendungen			
a) Steuern		41.532,00	25
b) übrige		10.793,62	13
5. Zwischensumme aus Z 1 bis 4		755.095,08	3.096
6. Zinsen- und Wertpapiererträge		165.118,31	101
7. Zwischensumme aus Z 6		165.118,31	101
8. Jahresüberschuss		920.213,39	3.197

Bestätigungsvermerk

Die Buchführung und der Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2007 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Rechnungsabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Fonds.

Wr. Neustadt, am 18. April 2008

Prosenz & Partner
Wirtschaftsprüfungs- und
SteuerberatungsgmbH


Dr. Michel Prosenz
Wirtschaftsprüfer

Anlage 3

Fondsname: NÖ Iw Förderungsfonds	Ergebnis 2007 in Euro
---	------------------------------

KZ	Bezeichnung	Zuordnung (Posten laut Postenverzeichn is Länder)	Summe o + ao Haushalt
----	-------------	--	-----------------------------

I. Querschnitt

Einnahmen der laufenden Gebarung			
10	Eigene Steuern	Unterklassen 83 und 84 ohne Gruppen 839 und 849	
11	Ertragsanteile	Gruppen 839 und 849	
12	Einnahmen aus Leistungen	Unterklasse 81	
13	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	Unterklasse 82 ohne Gruppen 826 bis 828 und ohne Stelle 8299	194.651,87
14	Laufende Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	Gruppen 850 bis 854	11.375.000,00
15	Sonstige laufende Transfereinnahmen	Gruppen 860 bis 863, 870 bis 872, 880 bis 884	
16	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	Unterklasse 80, Gruppen 826 bis 828 und Stelle 8299	
19	Summe 1 (laufende Einnahmen)		11.569.651,87
Ausgaben der laufenden Gebarung			
20	Leistungen für Personal	Klasse 5	
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	Gruppe 760	
22	Bezüge der gewählten Organe	Stelle 7295	
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	Klasse 4	
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	Klasse 6 ohne Gruppen 650, 651, 653 und 654, Unterklassen 70 bis 72 ohne Stelle 7295	52.325,62
25	Zinsen für Finanzschulden	Gruppen 650, 651, 653 und 654	2.089.382,58
26	Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	Gruppen 730 bis 734	
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	Gruppen 740 bis 743, 750 bis 752, 761 bis 769, 780 bis 784, Unterklasse 79	4.297.848,14
29	Summe 2 (laufende Ausgaben)		6.439.556,34
91	SALDO 1 : Ergebnis der laufenden Gebarung	Summe 1 minus Summe 2	5.130.095,53

Anlage 3

Fondsname: NÖ Iw Förderungsfonds			Ergebnis 2007 in Euro
KZ	Bezeichnung	Zuordnung (Posten laut Postenverzeichn is Länder)	Summe o + ao Haushalt
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen			
30	Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	Unterklassen 00, 01 und 05	
31	Veräußerung von beweglichem Vermögen	Unterklassen 02 bis 04	
32	Veräußerung von aktivierungsfähigen Rechten	Unterklassen 07	
33	Veräußerung von Ersatzteilen	Unterklasse 10	
34	Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	Gruppen 855 bis 859, 889	
35	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	Gruppen 865 bis 868 ohne Stelle 8652, Gruppen 875 bis 877, 885 bis 888	
39	Summe 3 (Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen)		0,00
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen			
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	Unterklassen 00, 01, 05 und 06	
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	Unterklassen 02 bis 04	
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	Unterklasse 07	
43	Erwerb von Ersatzteilen	Unterklasse 10	
44	Kapitaltransferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	Gruppen 735 bis 739	
45	Sonstige Kapitaltransferausgaben	Gruppen 745 bis 748 ohne Stelle 7452, Gruppen 755 bis 757, 785 bis 789, Unterklasse 77	
49	Summe 4 (Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen)		0,00
92	SALDO 2 : Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	Summe 3 minus Summe 4	0,00

Anlage 3

Fondsname: NÖ Iw Förderungsfonds	Ergebnis 2007 in Euro
---	------------------------------

KZ	Bezeichnung	Zuordnung (Posten laut Postenverzeichn is Länder)	Summe o + ao Haushalt
Einnahmen aus Finanztransaktionen			
50	Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren	Unterklasse 08 und 022	
51	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben des Landes (entspr. A 85-89) und dem Land	Stelle 8652	
52	Entnahmen aus Rücklagen	Gruppe 298	
53	Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	Gruppen 240 bis 243, 250 bis 253	
54	Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an sonstige Unternehmungen und Haushalte	Gruppen 244 bis 247, 249, 254 bis 257, 259	
55	Aufnahme von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts	Gruppen 340 bis 343, 350 bis 353	
56	Aufnahme von sonstigen Finanzschulden	Gruppen 344 bis 349, 354 bis 359	
57	Einnahmen aus der Rückzahlung von Haftungsinanspruchnahmen	Gruppe [260 und] 261	
58	Aufnahme von sonstigen Schulden	Gruppe 370	
59	Summe 5 (Einnahmen aus Finanztransaktionen)		0,00
Ausgaben aus Finanztransaktionen			
60	Erwerb von Beteiligungen und Anlagewertpapieren	Unterklasse 08 und 22	
61	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben des Landes (entspr. A 85-89) und dem Land	Stelle 7452	
62	Zuführungen an Rücklagen	Gruppe 298	
63	Gewährung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	Gruppen 240 bis 243, 250 bis 253	
64	Gewährung von Darlehen an sonstige Unternehmungen und Haushalte	Gruppen 244 bis 247, 249, 254 bis 257, 259	
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts	Gruppen 340 bis 343, 350 bis 353	
66	Rückzahlung von Finanzschulden bei sonstigen Unternehmungen und Haushalten	Gruppen 344 bis 349, 354 bis 359	4.209.882,14
67	Ausgaben aus der Inanspruchnahme aus Finanzhaftungen	Gruppe [260 und] 261	
68	Rückzahlung von sonstigen Schulden	Gruppe 370	
69	Summe 6 (Ausgaben aus Finanztransaktionen)		4.209.882,14

Anlage 3

Fondsname: NÖ Iw Förderungsfonds			Ergebnis 2007 in Euro
KZ	Bezeichnung	Zuordnung (Posten laut Postenverzeichn is Länder)	Summe o + ao Haushalt
93	SALDO 3 : Ergebnis der Finanztransaktionen	Summe 5 minus Summe 6	-4.209.882,14
94	SALDO 4: Jahresüberschuß (+) = Überschuss Jahresfehlbetrag (-) = Jahresfehlbetrag	Summe der Salden 1, 2 und 3	920.213,39
II. Ableitung des Finanzierungssaldos			
70	Jahresergebnis Haushalt ohne A 85- 89 und ohne Finanztransaktionen	Saldo 1 plus Saldo 2	5.130.095,53
71	Überrechnung Jahresergebnis A 85- 89	Saldo 4 der Spalte "davon A 85-89"	
95	Finanzierungssaldo ("Maastricht- Ergebnis")		5.130.095,53
III. Übersicht Gesamthaushalt			
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung	Summen 1, 3 und 5	11.569.651,87
81	Sonstige Einnahmen des Gesamthaushaltes: Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr		
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)		11.569.651,87
82	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung	Summen 2, 4 und 6	10.649.438,48
83	Sonstige Ausgaben des Gesamthaushaltes: Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr		
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)		10.649.438,48
99	Administratives Jahresergebnis	Summe 7 minus Summe 8	920.213,39

Allgemeine Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen (AAB AP 2007)

Auszug aus den vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000 zur Anwendung empfohlenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe, umfassende Teile der Präambel und die Punkte 1 bis 16 des I. Teiles. Adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002 am 21.10.2004 am 18.12.2006 sowie am 31.08.2007

Präambel

- (1) Wird nicht abgedruckt.
- (2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.
- (3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hierfür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.
- (4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

I. TEIL

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.
- (2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbehelf.
- (3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.
- (2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.
- (3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.

- (2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Diese Vollständigkeitserklärung kann auf den berufsbüchlichen Formularen abgegeben werden.

- (3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung

- (1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

- (2) Gibt der Berufsberechtigte über die Ergebnisse seiner Tätigkeit eine schriftliche Äußerung ab, so haftet er für mündliche Erklärungen über diese Ergebnisse nicht. Für schriftlich nicht bestätigte Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern haftet der Berufsberechtigte nicht.

- (3) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberechtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-mail.

- (4) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch Übermittlungsfehler entstehen. Die elektronische Übermittlung (inkl. Internet/E-mail) erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.

- (5) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

- (6) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Berufsberechtigten zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

7. Mängelbeseitigung

(1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hievon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

8. Haftung

(1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines datenverarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hievon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe beruflicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.

(8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt.

9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

10. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.

(2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen - außer in Fällen des Abs 5 - nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuererklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufsüblicher Frist fertigzustellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.

(4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.

(5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.

(6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 - gleichgültig aus welchem Grunde - mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

12. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.

(3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen.

(4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

13. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.

(2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.

(4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.

(5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.

(7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.

(8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Ver-sicherungsprämien zu den Nebenkosten.

(10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten u.ä. anzusehen.

(11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Eriedigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmensgeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).

(13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

14. Sonstiges

(1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(3) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(4) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hierfür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufspflichten des Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(5) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(6) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigten rechnen musste.

(7) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigesetzt werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

(3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.

(4) Widerruft der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.

(5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.